

Den Bach heruntergegangen

Das San-Roque-Staudammprojekt bedroht Mensch und Umwelt in Nordluzon

von Dottie Guerrero

Im Februar 2002 reiste ich mit einer Delegation von Rivers Watch East and Southeast Asia in das Dorf Dalupirip/Itoyon in der Provinz Benguet in Nordluzon. Zu der Delegation gehörten Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen aus Japan, China, Thailand, Indonesien, Laos, Vietnam, den USA, den Niederlanden und den Philippinen.

Dalupirip sowie das Dorf Ampucao drohen überflutet zu werden, sobald sich der San Roque-Staudamm im Sommer 2002 mit Wasser füllen wird. Dalupirip ist die Heimat der Ibaloi, in Ampucao leben die Ibalois, Kalanguya und Kankanaeys — sie alle sind indigene Völker dieser Provinz.

Der Staudamm ist so gut wie fertig. Der quälende Gedanke, dass die Goldschürfstellen, die Viehweiden, die Äcker, die Reisfelder, die Obstbäume, die kleinen Fischgründe, die auch unsere Gruppe mit Nahrung versorgten, die Häuser und das Gemeinschaftsleben, das ich während meines kurzen Aufenthaltes dort gesehen habe, überschwemmt werden sollen, lässt mich nicht mehr los. Unsere freundlichen Gastgeber/innen werden die Gräber ihrer Ahnen für immer verlieren. Ihre Vergangenheit und ihre Gegenwart werden ihrem Leben entrissen für eine aufgezwungene Zukunft, die sie niemals wollten und die kein anderes Volk wollen würde.

Der Damm der Unzufriedenheit

Das San Roque-Staudammprojekt wurde mit ehrgeizigen Absichten geplant. Mit einer Höhe von 200 Metern wird der Damm wohl der höchste in Asien und der zwölft höchste der Welt sein. Dieses Vorzeigeprojekt der Ramos-Regierung (1992-98) soll mit seinen 345 Megawatt die Industrie in Nordluzon mit Strom versorgen und 87.000

Hektar Land bewässern. Es soll angeblich die Industrialisierung des Landes vorantreiben und es international konkurrenzfähig machen.

Der Dammbau wurde begonnen, nachdem die *National Power Corporation (NAPOCOR)* mit der *San Roque Power Corporation (SRPC)* ein Abkommen über den Aufkauf von Strom (*Power Purchasing Agreement — PPA*) zum Bau, Inbetriebnahme und Erhaltung des Projektes für 25 Jahre geschlossen hatte. Während dieser Zeit wird die SRPC den Strom ausschließlich an NAPOCOR verkaufen. Es ist mit Kosten von fast 1,2 Milliarden US-Dollar zurzeit das größte private Staudammprojekt für Wasserkraft und Bewässerung in Asien. Die Vorbereitungen für den Bau begannen 1998; die Fertigstellung ist für 2003 geplant. Der Damm am Unterlauf des Agno in Pangasinan ist der dritte an diesem Fluss, die beiden anderen sind in Binga und Ambuklao.

Mit dem Entwurf und dem Bau des Staudammes wurde für 700 Millionen US-Dollar die amerikanische Firma Raytheon beauftragt. Die SRPC gehört mehrheitlich *Sithe Energies Inc.* mit Sitz in New York (51 Prozent), des weiteren Japans größter Handelsfirma *Marubeni Corporation* (41 Prozent), der japanische Dienstleistungsfirma *Kansai Electric* (7,5 Prozent) und schließlich Napocor. Die Japanische Bank für Internationale Zusammenarbeit (*JBIC*) gab den genannten privaten Gesellschaften einen Kredit von 302 Millionen und Napocor 400 Millionen US-Dollar für die Beteiligung an dem Projekt.

Unabhängig davon, ob das Projekt tatsächlich realisiert wird oder nicht, hat die philippinische Regierung die Rückzahlung der Anleihen garantiert. Dies erinnert an vorangegangene »weiße Elefanten« (= Fehlinvestitionen, die Red.) wie z.B. das Kernkraftwerk in Bataan.

Die Bedeutung des Dammes für die betroffene Bevölkerung

Die Anwohner in der Umgebung des Staudammes, insbesondere die Ibaloi flussaufwärts, leisten seit Beginn des Bauprojektes heftigen Widerstand. Hauptpunkt der Auseinandersetzung ist die gewaltsame Vertreibung von ihrem angestammten Land. Die Ibaloi beklagen, dass sie zu keinem Zeitpunkt ihre Zustimmung zur Überflutung von sieben ihrer Siedlungen (Bitubito, Daynet, Tadjum, Silag, Ambalanga, Pangbasan und Kwadjan) gegeben haben. Diejenigen, welche als Entschädigung für die Umsiedlung Geld angenommen haben, taten dies nur, weil sie bei der Hartnäckigkeit, mit der die Regierung und die multinationale SRPC das Projekt mit oder ohne ihre

Dottie Guerrero ist Koordinatorin des Projekts »Nachhaltige Entwicklung und der Agenda 21-Prozess« des Asienhauses. Ihre Reise nach Nordluzon diente der Feldforschung für ihr Promotionsvorhaben zu transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und internationalen Entwicklungsprozessen.

Zustimmung vorantreiben, resigniert haben.

Die *Cordillera People's Alliance (CPA)*, ein Zusammenschluss indigener Basisorganisationen mit Sitz in Baguio City, gab bekannt, dass bis jetzt bereits 2.000 Ibaloi-Familien betroffen sind.¹ Bis zur Inbetriebnahme könnten 35.000 Menschen der flussaufwärts ansässigen indigenen Bevölkerung (nicht nur Ibaloi) in Itogon nachteilig von dem Projekt betroffen sein. Die Zustände verschlimmerten sich, als *NAPOCOR* — trotz vorheriger Versprechungen — weder Siedlungen noch Lebensunterhalt für alle betroffenen Gemeinden bereitstellte. Wer bereits umgesiedelt wurde, ist gezwungen, unter sehr beengten Verhältnissen ohne Einkommensquellen zu leben.

Diejenigen, die sich dem Dammbau widersetzen, hinterfragen die angeblichen Vorteile, die dieser Damm mit sich bringen soll: Die Bewässerung von 87.000 Hektar Land, die Verbesserung der Wasserqualität durch verminderte Ablagerungen flussabwärts oder dass Überschwemmungen, die während der Regenzeit die Ernte zerstören, um die Hälfte zurückgehen sollen. Sie weisen darauf hin, dass die beiden Dämme am Oberlauf des Flusses, Binga und Ambuklao, infolge der Holzfällerarbeiten und des Goldabbaus am Agno massive Ablagerungen aufweisen und es am oberen Ende des Beckens zu noch schwereren Überschwemmungen gekommen ist. Wegen der Staudämme haben die Ablagerungen im Fluss ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Situation in San Roque anders aussehen wird.

Dadurch, dass Napocor per Vertrag (PPA) die Verantwortung für den Schutz des Wassereinzugsgebietes übertragen wurde, würde das Projekt auch dann weiter laufen, wenn der Schutz des Gebietes nicht gewährleistet ist. Dies beklagt eine Studie, die vom *International Rivers Network* in Auftrag gegeben wurde. Die Bereitstellung der Mittel für den Schutz von Mensch und Umwelt wird von *NAPOCOR* weiterhin nicht gewährleistet. Ähnliche internationale Projekte unter den gleichen Bedingungen führten zu einer verschlechterten Qualität des Wassereinzugsgebietes. Geologinnen, Ingenieure und Umweltschutzexpert/innen wie-

sen — was die wirtschaftlichen, sozialen und die Umwelt betreffenden Folgen des Projektes betrifft — in einer Untersuchung im Auftrag der CPA ebenfalls auf die Unzulänglichkeit der Studie der Projektplaner hin. Ein weiterer Grund für die Widerstandsbewegung ist die Angst vor einer schweren Überschwemmung, falls der Damm brechen oder infolge einer Naturkatastrophe überlaufen sollte — er liegt genau auf der Erdbebenspalte, die 1991 das schwere Erdbeben in Nordluzon verursacht hat. Besagtes Erdbeben brachte große Gebäude in Baguio City zum Einsturz und fügte in jenem Jahr der Landwirtschaft erheblichen Schaden zu. Sollte sich ein ähnlicher Vorfall wiederholen und der Damm dadurch brechen, dann werden laut Schätzungen der CPA etwa 1,2 Millionen Einwohner Luzons davon betroffen sein.

Projekte gegen Bevölkerung

Obwohl der philippinische Kongress im Jahre 1997 ein Gesetz zum Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung erlassen hat (den *Indigenous Peoples Rights Act* — s. **südostasien** 1/2000, 76ff), müssen die armen und an den Rand gedrängten Mitglieder indigener Gemeinschaften immer wieder schmerzvolle Erfahrungen machen. In den bergigen Regionen Nordluzons haben die Bewohner/innen der Cordilleras schon oft unter fragwürdigen Entwicklungsprojekten leiden müssen. Der erfolg- und lehrreiche Widerstand der Bevölkerung vor Ort gegen das von der Weltbank geförderte Chico-Dammprojekt in den frühen Achtzigern und das Abholzen von Wäldern in Abra und der *Mountain Province* zu kommerziellen Zwecken wirkt jedoch



Foto: N. Reese

Vor die Tür gesetzt — Indigene in Dalupirip

wie vergebliche Mühe, wenn man die Art und Weise betrachtet, mit der die Entwicklungsplaner/innen beharrlich die Argumente der Gegner des San Roque-Projektes ignorieren.

Wie erwartet verteidigen die Konstrukteure des Projektes den Damm als eine gute Sache und heben hervor, dass Präsident Estrada, als er 1999 sein Amt antrat, ein Gutachten forderte und die beauftragte Behörde versicherte, dass alle Standards erfüllt seien. Auch Präsidentin Arroyo betrachtet das Projekt als notwendige Maßnahme zur Ankerbelung der Wirtschaft. Aber wie kann der Wert eines einzigen Projektes das Konzept einer Politik aufwiegen, mit der die Regierung ihre eigenen Gesetze übertritt und den indigenen Gemeinschaften Entwicklungsprojekte wie diesen Staudamm aufzwingt?

Der IPRA sollte die Rechte der indigenen Gemeinschaften schützen:

- 1) Das Recht auf angestammtes Land — insbesondere das Recht, nicht umgesiedelt zu werden »ohne ihre freie und ausdrückliche Zustimmung« (IPRA, Absatz 7);
- 2) Das Recht auf Selbstbestimmung — insbesondere das Recht auf Beteiligung an »Entscheidungen, die ihre Rechte, ihr Leben und ihr Schicksal beeinflussen« (IPRA, Absatz 16).

Es ist wahrscheinlich die größte Tragödie im Leben, dass es immer wieder die selben Missstände sind, auf die man trotz aller Fortschritte stößt. Entwicklungsprojekte und ihre Folgen sind ein klassisches Beispiel dafür, wie wünschenswerte Bestrebungen — etwa Entwicklung als solche — Prozesse und Arrange-

ments fördern, die ungerecht und in keinster Weise nachhaltig sind. Auf solch traurige Wahrheiten stößt man immer wieder bei Staudammprojekten.

*Dieser Artikel basiert auf Dokumenten und Presseberichten der Cordillera People's Alliance und der Rivers Watch East and Southeast Asia sowie auf jüngst erschienen Artikeln des Philippine Daily Inquirer.
Übersetzung: Heike Aurin*

Anmerkungen:

- 1) Die CPA lässt den Ibaloi vor Ort Hilfe zukommen, indem sie ihre Organisation Shalupirip Santahnay Indigenous People's Movement unterstützt. Auf internationaler Ebene ist die Gruppe mit dem International Rivers Network und Rivers Watch East and Southeast Asia verbunden.

Das nächste Afghanistan?

Ergebnisse einer Fact-Finding-Mission nach Basilan

von Walden Bello

Im Februar 2002 landeten die ersten US-Militärtruppen — angeblich zu den üblichen gemeinsamen Militärübungen mit dem philippinischen Militär (AFP — Armed Forces of the Philippines) — in der südlichen Inselprovinz Basilan. US-Beamte äußerten hingegen, dass die Spezialeinheiten in Basilan seien, um die Abu Sayyaf auszuradieren, eine Terroristenzelle, die mit dem Al-Qaida Netzwerk verbunden sein soll.

Die Übungen in Basilan sind nicht gewöhnlich: sie finden in aktuellen Kampfgebieten statt und werden länger als 6 Monate dauern (siehe auch: Kriegsgrüße aus Afghanistan, *südostasien* 1/2002, S. 73ff)

Aus der Befürchtung heraus, dass die Ereignisse in Afghanistan sich nun in Basilan wiederholen könnten, wurde eine 16-köpfige internationale Friedensmission — zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Parlamentarier/innen, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsaktivist/innen — geschaffen, die vom 23. bis zum 28. März 2002 durch Basilan, Zamboanga City und Cotabato City reiste.

Die Mission hatte folgende Untersuchungsgebiete: Erstens, die von offizieller Seite verneinten Berichte über Übergriffe gegen Zivilist/innen, willkürliche Verhaftungen und Vertreibung von betroffenen Gemeinschaften zu untersuchen. Und zweitens, das Vorgehen und die Auswirkungen der amerikanischen Militärpräsenz auf den andauernden

separatistischen Kampf in dem Gebiet zu bewerten.¹

Menschenrechtsverletzungen

Die Untersuchungsmission ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Walden Bello ist Direktor von Focus on the Global South. Er hat an der Untersuchungsmission in die Südphilippinen teilgenommen. Der vorliegende Artikel ist der stark gekürzte Bericht der Internationalen Untersuchungsmission nach Basilan.

Die Untersuchungsmission wurde gemeinsam von Focus on the Global South, dem Institute for Popular Democracy, der Parteiliste AKBAYAN und dem Transnational Institute aus Amsterdam organisiert.